

verordneten waren beleidigt: Die Aufforderung von Daniels, der Rat der Stadt Potsdam möge sich für die Freilassung der von der Stasi verhafteten Dissidenten einsetzen, empfanden die ostdeutschen Gastgeber als „Nötigung“. OB Seidel: „Wir wollen weg von der großen Politik; wir wollen uns auf kommunale Dinge konzentrieren.“

Ebendiesen Hinweis auf ihre beschränkten Kompetenzen geben CDU-Kommunalpolitiker sonst stets vor, wenn ihre ostdeutschen Partner Grundsatzklärungen über Weltfrieden und die Abrüstung beschließen wollen. Auch Daniels hatte noch am Vorabend der Vertragszeichnung in einem „Bürgergespräch“ Fragen von Potsdamern nach Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Wettrüsten und Berufsverboten in der Bundesrepublik abgeblockt: „Die Stadt Bonn hat zu diesen Themen keine Antwort.“

Christdemokrat Daniels verstieß auch noch ein zweites Mal gegen seine eigenen Prinzipien. Knapp zwei Monate nach dem Auftritt in Potsdam sagte er einen ihm vom Apartheidregime angetragenen Propaganda-Trip nach Südafrika ab, kommentierte den Rückzieher aber mit dem Vergleich: „Ich trete überall dort, wo ich hinreise und wo die Situation es erfordert, ohne Scheu für die Menschenrechte ein, gleichgültig ob in Potsdam oder in Südafrika.“

Potsdams OB verzichtete daraufhin nicht nur auf seine Visite an den Rhein. Auch Kompromiß-Offerten aus dem Bonner Rathaus, sich auf halber Strecke in Hannover zu treffen oder sich doch „am runden Tisch“ (Daniels) zu versöhnen, schlugen die Potsdamer aus.

„Daniels“, so ein DDR-Diplomat in Bonn, „muß sich für diesen infamen Vergleich persönlich und öffentlich entschuldigen.“ Den Vergleich mit dem Rassenstaat, in dessen Gefängnissen über 200 Todeskandidaten sitzen, empfindet nicht allein der Bonner SPD-Abgeordnete Horst Ehmke als „dreiste Provokation“. Auch die innerparteilichen Gegner beginnen nun intern gegen den OB ohne Fingerspitzengefühl anzugehen.

So findet Norbert Hauser, der Daniels nach 13 Amtsjahren 1989 als Bürgermeister ablösen will, dem Parteifreund Daniels werde „kein Zacken aus der Krone fallen“, wenn er seinen Südafrika-Vergleich zurücknehme.

Die DDR setzt derweil offensichtlich auf einen Wechsel im Bonner Rathaus: Wenn sich Daniels und Hauser am Samstag dieser Woche der CDU-Basis stellen, fällt eine Vorentscheidung über Bonns künftiges Stadtoberhaupt.

In der übernächsten Woche aber gehen die CDU-Rivalen erst mal gemeinsam auf Reisen. Dann ist ein Ausflug der christdemokratischen Bonner Stadtratsfraktion nach West-Berlin fällig – inklusive eines touristischen Abstechers nach Potsdam.

GIFTGAS

Ruhig schlafen

Die Ermittlungen gegen deutsche Unternehmen, die Giftgas-Anlagen in den Irak geliefert haben sollen, werden verschleppt.

Schafft mir das Problem vom Hals, Segal, wie“, lautete die Order von Kanzler Helmut Kohl an seine Minister. Das war vor vier Jahren – das Problem hat er immer noch. Damals verlangte der Regierungschef in der Kabinettsrunde lautstark Klarheit über international erhobene Vorwürfe. Haben deutsche Unternehmen den Giftgas-Krieg am Golf und gegen die Kurden ermöglicht?

Die Antwort liegt derzeit im dritten Stock des Kölner Hauptzollamtes. Hinter einer gesicherten Glastür führt der Gang zum Zollmuseum. Dort sind die besten Tricks von Schmugglern,

Schwarzbrennern und anderen Gaunern aus mehreren Jahrhunderten dokumentiert – der präparierte Wintermantel für den Brantweintransport, das Landschaftsgemälde mit doppeltem Boden oder der Lkw-Reifen als Drogenversteck.

Vor dem Eingang zu der Kuriositäten-Sammlung lagern in einem grauen Stahlregal und auf dem Fußboden Hunderte Aktenordner. Darin sind Geschäftsbriefe, Konstruktionszeichnungen, Telexe, Verträge und private Terminkalender aus einem Dutzend, meist mittelständischer, deutscher Unternehmen abgeheftet. Die Firmen stehen im Verdacht, mit dem Export von Industrieausrüstungen oder chemischen Rohstoffen den Irakern zum Einsatz der grausamen „Menschenvernichtungsmittel“ (Außenminister Hans-Dietrich Genscher) verholfen zu haben.

Eine Ermittlungsgruppe „Irak“ des Kölner „Zollkriminalinstituts“ (ZKI), unterstellt dem Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, durchforstet seit der Beschlagnahme der Geschäftspost im vergangenen November den Aktenberg. Nach dem „Außenwirtschaftsgesetz“ ist der Export von Anlagen zur „Untersuchung, Herstellung, Verarbeitung und Erprobung von hochtoxischen Verbindungen“ ebenso genehmigungspflichtig wie der Verkauf von bestimmten Ausrüstungsteilen in Krisengebiete.

Nach „monatelangen Fisseleien“ (ZKI-Chef Heinrich Ashauer) werden derzeit

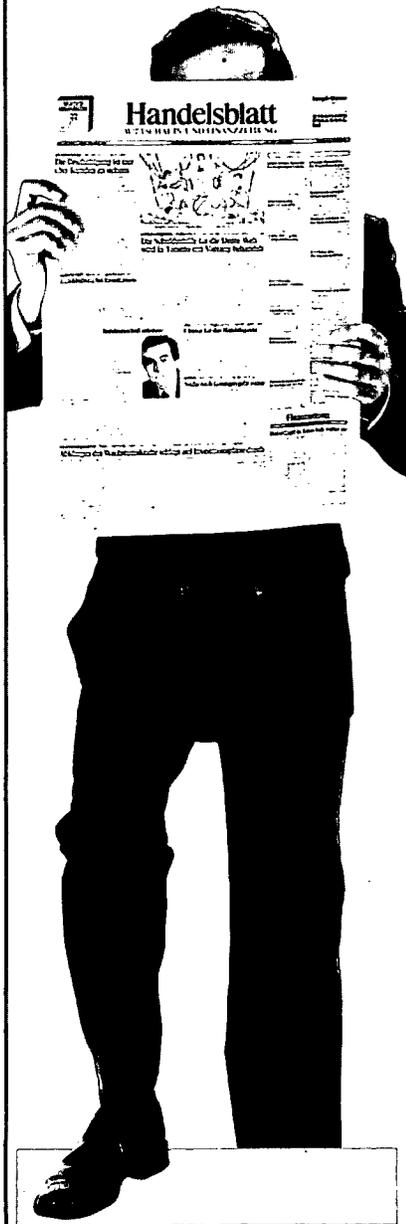


Giftgas-Kanister im Irak: „Die haben nichts in der Hand“



Kurdische Giftgas-Opfer im Irak: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“

Lesen Sie, was Leute lesen, die an der Börse erfolgreich spekulieren.



Das Handelsblatt bringt börsentäglich die Insider-Informationen von Frankfurt bis zur Wallstreet. Über Börsen, Kurse, Unternehmen, Branchen, Märkte, die Sie für die Bewertung Ihrer Anlage-Chancen brauchen. Aktuell und aus kompetenter Hand.

Täglich am Kiosk. Probeabonnement: Handelsblatt-Leserservice, Postfach 9225, 4000 Düsseldorf 1, Telefon 0211/83 88 565/568.

noch Stellungnahmen eingeholt. Das kann dauern. „Zur Vernehmung“, sagt Ashauer, „stehen die Beteiligten nicht gerade Schlange.“

Auch die federführende Staatsanwaltschaft in hessischen Darmstadt („Es besteht immer noch ein Anfangsverdacht“) sieht keinen „Mitteilungsbedarf“. Auf zwei Schreibmaschinenseiten sind die bisher vernommenen Zeugen aufgelistet. Eine Bewertung des möglichen Belastungsmaterials steht aus. Oberstaatsanwalt Friedrich Vogel: „Das geht nicht holterdiepolter.“

Über eine Beschleunigung des Verfahrens will nun nächste Woche der Bundestag debattieren. Mit den Stimmen der Unionsabgeordneten verabschiedete der Auswärtige Ausschuss einen überraschenden Antrag. Danach soll spätestens „bis zum 1. Dezember“ die Bundesregierung dem Parlament berichten, ob deutsche Firmen an der „Produktion von Giftgas für den Irak beteiligt“ waren. Die Abgeordneten der Opposition wollen sich nicht länger hinhalten lassen.

In mehreren Bundestagsanfragen seit Februar dieses Jahres hatten Grüne und SPD auf verbindliche Auskünfte über „Rüstungsexporte in den Irak und Iran“ gedrängt. Nach Ansicht des SPD-Militärexperten Norbert Gansel, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, ist schon der Vorwurf einer deutschen Beteiligung am Giftgas-Krieg „ungeheuerlich“. Der schlimme Verdacht müsse „schnellstens entkräftet“ oder aber „drakonisch gehandelt“ werden. Auch SPD-Parteichef Hans-Jochen Vogel forderte in einem Brief an Kohl, mit „allen zu Gebote stehenden Mitteln“ eine mögliche „Verwicklung deutscher Firmen“ aufzuklären. In den „schattigen Geschäften“ („Wall Street Journal“) gilt die Bundesrepublik, nach umstrittenen Informationen des amerikanischen Geheimdienstes CIA über deutsches Know-how für eine Giftgas-Fabrik im irakischen Samarra, als Hauptlieferant.

Zwar hat die Bonner Regierung seitdem die Ausfuhrbedingungen für Chemikalien und Anlagen verschärft, die zur „Produktion von Kampfstoffen“ mißbraucht werden können. So wurden im vergangenen Jahr drei weitere Stoffe auf die Embargo-Liste gesetzt. Und in einer „Australischen Initiative“ unterstützt Bonn die „Selbstkontrolle beim Export von Vorprodukten“.

Doch bei der Aufklärung bereits abgeschlossener Irak-Geschäfte zeigt die Bundesregierung keine Eile. Noch im Mai verkündete Staatssekretär Erich Riedl aus dem Wirtschaftsministerium: „Die Ermittlungen dauern an.“ Mit „Schnelligkeit und Präzision“, so versprach Riedl, würden die Beamten das Verfahren abwickeln. Für diesen Monat kündigte er den „Abschluß der Ermittlungen“ an.

Davon kann keine Rede mehr sein. Denn zunächst hat das Eschborner Bun-

desamt für Wirtschaft Gutachten angefordert, inwiefern die gelieferten technischen Anlagen doppelt genutzt werden könnten: sowohl zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln als auch für die Produktion chemischer Kampfstoffe. Ob ein solcher sogenannter double use vorliegt, ist für eine gerichtliche Anklage entscheidend. Ashauer: „Wir müssen ja nachweisen, daß mit Vorsatz eine Giftgas-Produktion aufgebaut wurde.“

Ein noch nicht veröffentlichtes Gutachten eines Göttinger Chemieexperten für die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß in den erstellten Mehrzweckanlagen keine Versuche unternommen worden sind, Vorprodukte für Kampfstoffe herzustellen. Weitere Expertisen wurden beim Chemiekonzern Bayer Leverkusen und in der Schweiz in Auftrag gegeben.

Die beschuldigten Unternehmen zeigen sich selbstsicher. „Ich kann noch ruhig schlafen“, sagt Dieter Backfisch, Geschäftsführer der Karl Kolb GmbH im hessischen Dreieich. Hinter seinem Schreibtisch hängt eine Landkarte der arabischen Länder, und auf dem Fensterbrett steht eine grünweiße Nationalfahne von Pakistan. Dort hatte Backfisch über zehn Jahre lang gearbeitet.

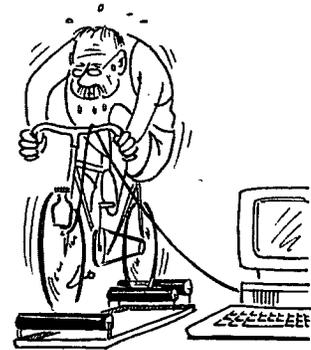
Die 60-Mann-Firma vertreibt heute per Katalog in über 90 Länder „wissenschaftlich-technische“ Laborausrüstungen. In Bagdad unterhält Kolb eine Zweigstelle, die sich 1981 einen drei Millionen Mark schweren Auftrag für die Kolb-Tochterfirma Pilot Plant gegen starke Konkurrenz gesichert hatte.

Aus Backfischs Privatwohnung und dem Unternehmen ließ die Staatsanwaltschaft das „meiste Material“ beschlagnahmen. Die inzwischen liquidierte Kolb-Tochterfirma Pilot Plant wird seit 1984 verdächtigt, den Aufbau einer Kampfstoffproduktion Bagdads ermöglicht zu haben. „Die suchen wohl immer noch nach einem Schreiben mit der Bestätigung“, vermutet der streitbare Geschäftsmann.

Er prozessierte vor dem Hessischen Finanzgericht erfolgreich gegen ein verhängtes „Ausfuhrverbot“. Die Bundesregierung mußte im Bundeshaushalt 1987 eine Entschädigung in Millionenhöhe für die Firma Kolb bereitstellen. Fließen wird das Geld aber erst nach Abschluß der behördlichen Irak-Ermittlungen.

„Das geht aus wie das Hornberger Schießen“, prophezeit Rechtsanwalt Thomas Marx. Er vertritt die Hamburger Firma W.E.T. GmbH, die für fast 20 Millionen Mark Ausrüstungen, Pumpen und chemische Grundstoffe an den Irak verkauft hat. Daß damit ohne Wissen der Lieferanten letztlich auch Kampfstoffe hergestellt wurden, sei „nicht auszuschließen“. „Aber“, so urteilt Marx über die bisherigen Ermitt-

Unser Opa arbeitet für den Datenschutz.



Immer erst ausschalten, nachdem das Fakturierungsprogramm mit der ENDE-Taste verlassen wurde, hatte unser Fachhändler gemahnt. Daran haben wir uns auch immer gehalten. Unsere Daten sind sicher, dachten wir. Selbst bei Stromausfall.

Wir haben ja Opa. Opa ist ein begeisterter Radfahrer und tritt den ganzen Tag in die Pedale. Zur Datensicherung haben wir Opa ans Netz angeschlossen.

Zusätzlich speicherten wir noch allmonatlich unsere Daten auf Diskette. Das ist zwar zeitraubend und umständlich. Aber sicher ist sicher. Seit der letzten Sicherung waren schon 3 Wochen vergangen, da passierte es: Ein Gewitter verdunkelte den Himmel über unserer kleinen Stadt und strafte die Einwohner mit Regen, Donner, Blitz und Stromausfall. Überall gingen die Lichter aus, außer bei uns. Opa trat ruhig und gleichmäßig. Und wir konnten an unserem PC weiterarbeiten. Dann wurde es auch bei uns dunkel. Opa hatte Wadenkrampf.

Als dann eine halbe Stunde später der Strom wieder kam, stand auf dem Bildschirm: FILE COULD NOT BE RECOVERED, USE BACKUP.

Unsere Daten waren weg – und mit ihnen 3 Wochen Arbeit.

Naja, wir haben die Ärmel hochgekrempelt und 5 Wochen nachgebucht, nachgebucht, nachgebucht.

Kompliment an unseren Verkauf. Der hat ganze Arbeit bei der Beschwichtigung unserer Kunden geleistet. Fast alle waren betroffen, aber nur 20% haben ihre Aufträge storniert. Jetzt arbeitet IRWIN für Opa.

IRWIN ist kostengünstiger und sicherer. IRWIN ist das führende Backup-System für PCs, XTs, ATs, den neuen IBM PS/2 und jetzt auch für Apple.

Aber nicht nur zum Schutz gegen Stromausfall, sondern auch gegen Diebstahl, Feuer, Headcrash und Bedienungsfehler ist IRWIN eine optimale Versicherung für Ihre Daten. Wenn Sie mehr über IRWIN wissen wollen, fragen Sie Ihren Fachhändler. Jeder Fachhändler ist bezugsberechtigt. Auf Anfrage nennen wir Ihnen gerne einen in Ihrer Nähe. COMPUTER 2000 AG, Baierbrunner Str. 31, 8000 München 70, Telefon: 089/76990-0.

IRWIN
MAGNETICS

COMPUTER
2000
Wir wissen, was läuft.

lungen, „die haben nichts in der Hand.“

Das sieht die Frankfurter Ärzteorganisation „medico international“ anders. Während einer Untersuchungskommission der Vereinten Nationen die Einreise verweigert wird, besuchte Medico-Mitarbeiter Hans Branscheidt zerstörte kurdische Dörfer im Irak. Dort fand er auch die Überreste von einfachen Blechanalysten, in denen irakische Militärflugzeuge Senf- und Nervengas abgeworfen hatten. In einem Aufruf für die Kurden heißt es: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.“

Jetzt sammelt die Frankfurter Ärzteorganisation für Schutzanzüge und Gasmasken – aus Deutschland. Mehrere Wochen nach Branscheidts Besuch im Giftgas-Gebiet meldete sich auch die Darmstädter Staatsanwaltschaft und bat zu einem „Informationsgespräch“. Branscheidt: „Da hätten die auch mal früher drauf kommen können.“

KRIMINALISTIK

Unter die Haut

Der Tod Uwe Barschels vor Jahresfrist hatte Folgen: mehr Selbstmorde in der Badewanne.

Das Photo wurde von Zeitungen gedruckt und vom Fernsehen verbreitet. Allein der Abdruck im „Stern“ und in der „Bild“-Zeitung, die Sendung in „Tagesschau“ und „heute“ erreichten ein Publikum von 40 Millionen Menschen. Danach brach in Gremien und

Foren, in Familien und Freundeskreisen eine bis heute nicht beendete Debatte los, in der es um den Photographierten ging: den „Toten in der Wanne“ („Bild“).

Fast ein Jahr nach Uwe Barschels Ende am 11. Oktober 1987 im Genfer Hotel „Beau-Rivage“ hat jetzt der Hamburger Rechtsmediziner Kurt Trübner, 30, eine andere Folge der tödlichen Affäre beschrieben: In der jüngsten Ausgabe der Fachzeitschrift „Kriminalistik“ bilanziert Autor Trübner „nach Barschels Selbstmord eine Häufung ähnlicher Fälle“.

„Die plakativen und detaillierten Berichte in den Medien über spektakuläre Todesfälle“, weiß der Arzt, „können einen bereits suizidgefährdeten Bevölkerungsanteil zum Freitod veranlassen.“ Genau so sei es im Fall Barschel geschehen, bei dem „die Möglichkeit des Freitodes durch Ertrinken in Kombination mit Alkoholgenuss und Medikamenteneinnahme in vielen Presseorganen ausführlich dargestellt wurde“.

Noch dazu, so Trübner, habe die „Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben“ geradezu „Patentansprüche“ für diese Selbstmordtechnik angemeldet, die sie in einer Broschüre empfehle. Der „Einfluß der Massenmedien“ habe erkennbar zu einer Welle von Selbsttötungen in der Badewanne geführt, erläutert der Mediziner: „Es gibt deutliche Hinweise dafür, daß der Freitod des Politikers nachgeahmt wurde.“

Schon die zeitliche Nähe zu Uwe Barschels Tod legt solche Schlußfolgerungen nahe. Drei Wannenselbstmorde wurden noch in derselben Woche beim Institut für Rechtsmedizin der Universität Hamburg registriert, für das Trübner tätig ist. Weitere Fälle gab es in schneller Folge. Auch Professor Volkmarr Schneider, dem Direktor des Instituts für Rechtsmedizin in Berlin, fielen zwei Selbstmorde in der Badewanne auf, die sich kurz nach Barschels Tod auf ganz ähnliche Weise ereigneten.

Einige der Selbstmörder hatten sich laut Trübners „Kriminalistik“-Beitrag „eingehend mit dem viel beredeten Todesfall beschäftigt“ oder sogar angekündigt, sich „wie der prominente Politiker“ umzubringen – so etwa ein 77-jähriger Mann, der sich für unheilbar krebserkrank hielt.

Im ganzen Jahr 1986 waren an dem Hamburger Institut drei Leichen aus Badewannen obduziert worden, ebenso viele im Jahr zuvor. Von Mitte Oktober bis zum Jahresende 1987 waren dagegen 13 Todesfälle dieser Art zu untersuchen, von denen sich zehn als Selbstmorde erwiesen, davon acht höchstwahrscheinlich durch Ertrinken. Beispiele:

▷ Eine 86jährige Frau, die unter Depressionen litt, wünschte sich nach den Berichten über



„Stern“-Titelbild von Barschels Tod
„Der Selbstmord wurde nachgeahmt“